

# gesund & sozial

www.fgv.at

## ADERLASS

Auswirkungen des  
Sparpaketes auf  
die Pflege

Was kommt da auf die Beschäftigten in  
den Gesundheits- und Sozialberufen zu?  
*Eine Diskussion über die aktuelle Situation,  
Erfolge der Gewerkschaften, aber auch  
neue Befürchtungen.*

Seite 4

Foto: momopixs - shutterstock.com



# Erster Schritt erreicht!

## Seit 1.1. 2012 Einbindung der Gesundheits- und Krankenpflege in die Pflegegeldbegutachtung

Eine langjährige Forderung der ÖGB/Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe ist erreicht – das diplomierte Gesundheits- und Pflegepersonal wird in die Begutachtung zum Pflegegeld eingebunden. Obwohl wir immer eine gemeinsame – Arzt und Pflegeperson – Begutachtung ab der Stufe 1 gefordert haben, kann man die Beschränkung auf die Begutachtung in einem Erhöhungsverfahren auf die Stufen 5 – 7 als ersten Erfolg werten. Bei einem erstmalig gestellten Antrag auf Gewährung von Pflegegeld muss wie bisher ein ärztliches Sachverständigengutachten erfolgen. Pflegepersonen kommen als Gutachter erst nach Erhöhungsanträgen oder vorgeschriebener Nachbegutachtung zum Zug. Eine weitere Voraussetzung ist, dass ein ärztliches Gutachten einen monatlichen Pflegebedarf von über 180 Stunden feststellt. Auch bei der Herabstufung wird dieser erst nachgegeben, nachdem das pflegerische Gutachten durch ein ärztliches Gutachten bestätigt wurde. Als Voraussetzung, um als Gutachter tätig werden zu können, muss diese Person dem gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege angehören, weiters muss der Bewerber eine mindestens dreijährige praktische Berufserfahrung nachweisen können und sich mittels Schulungen Kenntnisse zur Pflegegeldeinstufung aneignen. Bei den Sozialversicherungsträgern PVA und BVA wird für

pflegerische Gutachter ein Pool eingerichtet, aus dem dann die Verantwortlichen Gutachter für die einzelnen Fälle bestimmen können. Das Pauschalhonorar soll 65 Euro exklusive Kilometergeld ausmachen. Als Hauptaufgabe der Pflegeperson sehe ich hierbei nicht nur endlich eine professionelle „Pflege“-Geldeinstufung, sondern auch die Unterstützung und Hilfestellung für Patienten und Angehörige durch diese PflegeexpertInnen.

### Seminare der ÖGB/ARGE-FGV

Die ARGE/ÖGB-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe veranstaltete Ende 2011 wieder drei Seminare für ihre Mitglieder. Von 14. bis 16. 11. fand ein Seminar zum Thema „Gesundheitsförderung“ statt, welches von unserer Trainerin Mag. Herlinda Steinbach moderiert wurde. Danach vom 17. bis 18. 11. führte Kollegin Christine Beyer unsere TeilnehmerInnen mit einem Grundkurs in die Basale Stimulation ein und den Abschluss vom 5. bis 7. 12. machte Trainerin Evelyn Kiffmann mit einem Seminar zum Burn Out. Ich möchte mich nun bei den TrainerInnen und den Teilnehmern für die intensive Arbeit bedanken und viel Glück bei der Umsetzung des Erlernten wünschen. Die Bewertung der Seminare unserer Teilnehmer nach dem Schulnotensystem ist im rechten Kasten nachzulesen.

**Karl Pretrebner**  
Bundessekretär der  
ÖGB/ARGE-FGV für  
Gesundheits- und  
Sozialberufe  
Chefredakteur



### Wir gratulieren ...

unserer ehemaligen Bundesvorsitzenden zum 65. Geburtstag. Erst vor wenigen Tagen war Monika Mauerhofer bei uns im Büro auf Besuch und ich darf sagen „WOW“, ihr jugendliches Aussehen würde vermuten lassen, sie ist erst vor ein paar Wochen aus der ÖGB/ARGE-FGV ausgeschieden.



Wir wünschen Monika Mauerhofer, die bereits im Jänner ihren Geburtstag feierte, weiterhin nur das Beste. Alles Gute Dein Charly

#### Gesundheitsförderung

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1,1
Aufenthalt	1

#### Burn Out

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1
Aufenthalt	1

#### Basale Stimulation

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1
Aufenthalt	1



Die TeilnehmerInnen der Seminare Gesundheitsförderung (links) und Burn Out (rechts)

# INHALT



Coverstory	<b>Auswirkungen des Sparpaketes</b> Welche Folgen hat es auf die Gesundheitsberufe	4
GPZ djp	<b>„Tanz den Stress weg!“</b> Lachen, bewegen und aktiv sein	6
vida	<b>Länger arbeiten?</b> Gesündere Arbeitsbedingungen sind notwendig!	7
GÖD	<b>Gelbe Karte für Ministerin Fekter</b> Im Gesundheitsbereich darf nicht eingespart werden	8
Reportage	<b>40 Jahre Gesundheitsministerium</b> Am 1. 2. 1972 wurde die erste Ministerin angelobt	9
	<b>Schönfärben mal anders</b> Ärztmangel und noch viel mehr Pflegemangel?	11
	<b>„Gehaltsreform Neu“ für Vorarlberg</b> Landesregierung plant neues modernes Gehaltssystem	12
Service	<b>Termine &amp; Büchertipps</b>	15

### Impressum

**Herausgeber und Verleger:** ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien • **Chefredakteur:** Karl Pretrebner, T: 01/313 16-836 63, E: karl.pretrebner@gdg-kmsfb.at • **Redaktionsadresse:** ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien • **Verlags- und Herstellungsort:** Wien. ZVR-Nummer: 576439352 • **Redaktion/Layout/Grafik:** Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzendorf, Hauptstraße 178, T: 02242-28 926, E: agentur@steinschuetz.at • **Anzeigen/Marketing:** Fritz Schmaldienst, T: 0664-85 39 721, M: ufritz@aon.at; Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: gerhard@steinschuetz.at

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

**Fotonachweise:** Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet sind, wurden von den Autoren bzw. der ÖGB/ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

**Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien; Josef Zellhofer, Bundesvorsitzender, Johann Hable, stellv. Bundesvorsitzender, Willibald Steinkellner, stellv. Bundesvorsitzender, Martha Fleschurz, stellv. Bundesvorsitzende, Karl Pretrebner, Bundessekretär der ÖGB/ARGE-FGV. Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 16. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

**Josef Zellhofer**  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe



„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen“  
Seit Wochen und Monaten hören wir über Auswirkungen des Sparpaketes in Gesundheitseinrichtungen. Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld zwischen Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst und dem enormen Bedarf nach Pflegekräften in Österreich. Der Aufnahmestopp von Pflegekräften wurde bis dato mit kontinuierlichen Überstunden, die in den letzten Jahren permanent zugenommen haben, immer kompensiert. Dadurch ist es unseren KollegInnen nicht mehr möglich, ihre Freizeit zu planen. Weiters steigt die Angst, die Arbeit in gegebenen Zeitausmaß bewältigen zu können. Unter diesen enormen Leistungsdruck ist eine permanente Begleitung der Gesundheitsberufe im beruflichen Arbeitstag zu unterstützen. Um weiterhin hoch qualifiziertes Pflegepersonal zu bieten, sind die Berufsbilder und die Tätigkeiten neu zu überdenken und letztendlich die Ausbildung auf EU-Standard anzuheben. Hier gibt es einschlägige Vorstellungen auch seitens der Bundesfachgruppe Vereinigung für Gesundheit und Sozialberufe, wie die Ausbildung auch in Zukunft gesichert werden kann. Sie können das ja gerne auf unserer Homepage unter [www.fgv.at](http://www.fgv.at) nachlesen. Zahlreiche Befragungen der Arbeiterkammern haben die Arbeitsbelastung unserer KollegInnen aufgezeigt. Seitens der Gewerkschaften kann man auf erste Erfolge hinweisen. Immer mehr Rechtsträgern wird es bewusst, in dieser Frage etwas tun zu müssen. So ziehen neue Vorstände im Managementebenen ein, welche die MitarbeiterInnen verstärkt einbeziehen.

40 Jahre ist es her, als unter dem Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky ein eigenes Ministerium nur für die Gesundheit gegründet wurde. Im Rahmen eines Festtags würdigte Gesundheitsminister Alois Stöger die Leistung aller Gesundheitsberufe in Österreich (siehe auch Bericht auf Seite 9).

Unserer ehemaligen Bundesvorsitzenden Monika Mauerhofer gratuliere ich recht herzlich zum 65. Geburtstag, ebenso Frau Direktorin Erna Braunsteiner zu ihrem 25-jährigen Jubiläum als Direktorin für die Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital der Stadt Wien, die in all den Jahren ihr Tun und Handeln stets den Schülerinnen und Schülern widmete.

Ihr



# Auswirkungen des Sparpaket auf die Pflege

*Gestrichen und gekürzt wird im Gesundheits- und Sozialbereich nicht erst seit dem aktuellen Sparpaket. Auf Einladung von Gesund & Sozial diskutierten Vorsitzender der ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe Josef Zellhofer und sein Stellvertreter Willibald Steinkellner über die aktuelle Situation, Erfolge der Gewerkschaften, aber auch neue Befürchtungen.*



Josef Zellhofer

Mit dem Sparpaket kommt auch ein Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst. Was kommt da auf die Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialberufen zu?

**Steinkellner:** Die KollegInnen befinden sich in einer grotesken Situation: sie arbeiten engagiert und motiviert für die Gesundheit der Menschen und werden selbst dadurch krank. Das muss sich ändern. Und es liegt in der Verantwortung der Träger, egal ob privat oder öffentlich. Aber die Einkommen im Sozial- und Gesundheitsbereich werden großteils von der öffentlichen Hand finanziert. Sie liegen um 17 Prozent unter dem branchenübergreifenden Durchschnittseinkommen der unselbständig Beschäftigten. Wenn Bund, Länder und Gemeinden in den kommenden Jahren ihren Sparkurs weiter verschärfen, wird das Personalproblem in der Pflege und Betreuung nicht in den Griff zu bekommen sein.

**Zellhofer:** Wir verlangen, dass auch im Gesundheits- und Sozialbereich die Beschäftigten gesund in Pension gehen können. Dazu braucht es eine ständige Betreuung durch ArbeitsmedizinerInnen, Gesundheitsförderung und natürlich die Reduzierung der Belastungen. Wenn notwendig, die Aufstockung des Personals.

**Steinkellner:** Ein leistungsfähiges Gesundheits- und Sozialsystem braucht aber auch bestens ausgebildete MitarbeiterInnen, eine permanente Fort- und Weiterbildung. Zusatzausbildungen müssen ermöglicht werden. Egal ob es im Pflegebereich, in der



Willibald Steinkellner

Gesundheitsbetreuung oder im Sozialbereich ist, wir müssen dadurch die Qualität ständig steigern. Dabei geht es um das Wohl der Menschen insgesamt, aber auch um die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten.

**Zellhofer:** Die demografische Entwicklung in Österreich bringt es mit sich, dass in den nächsten Jahren in zahlreichen Berufsgruppen – beispielsweise Polizei, Schule und Pflege – selbst bei einem erhöhten Pensionsantrittsalters verstärkt Nachwuchs gesucht werden muss. Im Pflegebereich kommt noch dazu, dass gerade diese Entwicklung zu einem erhöhten Personalbedarf führt.

**Steinkellner:** Weder eine Pflegelehre noch sonstige Schnellschüsse einzelner Bundesländer werden zur Beseitigung des Fachkräftemangels in Pflege und Betreuung führen. Wir brauchen ein bundesweit einheitliches, hochwertiges Ausbildungskonzept und eine bessere Entlohnung der Beschäftigten in Pflege und Betreuung.



**Zellhofer:** Die Ausbildung muss grundsätzlich bei den Krankenpflegeschulen der Länder verbleiben und diese sind mit dem Bakkalaureat auszustatten. Die Umwandlung der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in Fachhochschulen begründet sich durch die hohe Anzahl an benötigtem Personal, welches an den bestehenden Fachhochschulen nicht ausreichend ausgebildet werden kann.

**Steinkellner:** Der Zugang muss neben MaturantInnen auch Personen mit einer maturaähnlichen Eignung für diesen Beruf ermöglicht werden.

**Zellhofer:** In den vergangenen Monaten konnten wir dabei einige Erfolge erzielen. So haben die ersten Dienstgeber damit begonnen die MitarbeiterInnen zu befragen, wie zufrieden sie mit ihrer Arbeit sind. Impuls dafür ist eine Studie der AK über die Zufriedenheit der Beschäftigten. Die Ergebnisse müssen Konsequenzen haben.

**Steinkellner:** Seit Anfang dieses Jahres ist auch eine langjährige Forderung der FGV umgesetzt. Bei der Pflegeeinstufung von PatientInnen sind nun auch die KollegInnen aus dem Bereich der Pflege eingebunden.

**Zellhofer:** Stellt sich angesichts der Sparwut nur die Frage, wie Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich in Zukunft finanziert werden sollen?

**Steinkellner:** Die Frage, »welche zusätzlichen Kosten entstehen uns, wenn wir das Geld für ein qualitativ hochwertiges Gesundheits- und Sozialsystem nicht aufbringen?«, wäre treffender. Wir müssen heraus aus dem Denken, dass Sparen immer gleich die Kosten insgesamt senkt. Wenn wir die Menschen in der Arbeit auspressen wie eine Zitrone, mag das die Kosten für den einen Bereich senken, in Wahrheit verschieben wir nur, möglicherweise mit viel höheren Folgekosten. Um das Angebot an Pflege und Betreuung sicherzustellen, ist die dauerhafte Einrichtung eines Pflegefonds unumgänglich.

**Zellhofer:** Die Regierung hat ja eine Verlängerung des derzeitigen Pflegefonds, der bis 2014 gilt, bis 2016 zugesagt. Das ist positiv, zugleich ist es aber nötig, die Finanzierung langfristig auf stabile Beine zu stellen.

**Steinkellner:** Die vida hat dazu gemeinsam mit der GPA-djp ein detailliertes Konzept vorgelegt. Basis des Pflegefondsmodells der beiden Gewerkschaften sind insbesondere eine Vermögensteuer und die Wiedereinführung einer reformierten Erbschaftssteuer.

**Zellhofer:** Und es geht darum, dass bei den einzelnen Trägern ein neues Managementdenken einzieht. Die MitarbeiterInnen und ihre VertreterInnen sind verstärkt einzubinden. Darauf müssen wir in Zukunft verstärkt achten. ■

**Johann Hable**  
Vorsitzender der  
Bundesvertretung 09  
Gesund- und Sozialberufe  
in der GÖD



## „Einsparungen gefährden Qualität“

Das österreichische Gesundheitswesen wird wegen ihrer Qualität national und international als bestens eingestuft. Die hervorragenden Leistungen des Personals wie Ärzte, Pflegepersonal und Therapeuten sind ein Garant für eine optimale Gesundheitsversorgung. Durch übertriebene Einsparungen wird es zu einer Leistungseinschränkung in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung kommen. Es ist unsere moralische Verantwortung und Pflicht, dass nach wie vor neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Hightech zur Erlangung der Gesundheit eingesetzt werden, ohne Wenn und Aber! Wir haben derzeit einen Personalmangel. Mit den Aussagen der Bundesregierung, bis 1,9 Milliarden Euro einzusparen, schrecken wir Bewerber für die öffentlichen Krankenanstalten ab. “





**Martha Fleschur**  
stellvertretende  
Bundesvorsitzende  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe

# Tanz den Stress weg! Lachen, bewegen, aktiv sein.

## „Betriebliche Gesundheitsförderung“

Die Schlagwörter dieser Zeit sind „Burn Out“, „Arbeitsverdichtung“, „Stressbewältigung“ und „lange Berufstätigkeit“. Jede ArbeitnehmerIn hat aber trotz aller Probleme ein Recht darauf die Pension möglichst gesund und fit zu erreichen. Im diesem Zusammenhang wird ganz wenig über die Möglichkeiten geredet, die den KollegInnen helfen, den Arbeitsalltag zu bewältigen.

Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich müssen die ArbeitnehmerInnen viel von ihrer eigenen Persönlichkeit in die Arbeit einbringen, daher brauchen sie etwas, um ihre „Batterien“ wieder aufzuladen. ArbeitnehmerInnen, die ihren Arbeitsalltag mitgestalten können, die das Gefühl haben, dass ihre Vorschläge ernst genommen werden, fühlen sich wohl in dem Betrieb. Das ergibt ein gutes Arbeitsklima und erleichtert die tägliche Arbeit. Eine sehr gute Möglichkeit, um KollegInnen in den innerbetrieblichen Gestaltungsprozess einzubinden, ist die betriebliche Gesundheitsförderung. Diese Projekte werden sowohl von den Gebietskrankenkassen als auch vom „Fonds Gesundes Österreich“ gefördert.



**J**ammern hilft nicht, aber handeln stärkt. Immer weniger Personal trifft auf stetig wachsende Arbeitsanforderungen – eines der Hauptprobleme in den Pflegeberufen. „Die Verdichtung der Arbeit wird immer ärger“. Mit der körperlich und geistig fordernden Aufgabe der PatientInnen-Betreuung ist es freilich nicht getan, denn auch die höchst detaillierten EDV-Dokumentationen sind für die Belegschaft zeitraubend. Bei Maschinen wird darauf geschaut, dass ein Service gemacht wird und sie gepflegt werden, bei den Menschen wird immer wieder Mal darauf vergessen.

### Projekt „Ge!Mit“

Rund 500 MitarbeiterInnen betreuen die 155 Betten im UKH Linz. Dass auch der Mensch im Betrieb ein ordentliches Service erhält und nicht ausbrennt, dafür sorgt „Ge!Mit“, ein Projekt zur betrieblichen Gesundheitsförderung, das in allen Einrichtungen der AUVA durchgeführt wird. Die MitarbeiterInnen wurden nach Wünschen und Problemen im Arbeitsablauf befragt und die Antworten dann extern ausgewertet. Ein Erfolg: So wurde etwa der Organisationsablauf in der Physiotherapie zum Besseren verändert. Statt einer Anzahl von Besprechungsterminen zu eher ungünstigen Zeitpunkten, gibt es nun einmal pro Woche einen Termin, an dem die gesamte Abteilung teilnimmt, dazu kommen noch Gespräche im kleineren Kreis. Auch ist eine Supervision initiiert worden,

**Martina Kronsteiner**  
Betriebsratsvorsitzende  
und ausgebildete  
OP-Schwester  
im UKH-Linz



und ein Teamcoaching ist noch geplant. Daneben gibt es im Rahmen von „Ge!Mit“ ein großes Angebot von Gesundheits- und Sportaktivitäten. Die Bandbreite umfasst Seminare zu Raucherentwöhnung, gesunden Ernährung oder eine Nordic Walking Gruppe ebenso wie die vorbeugende Rückenschule oder Lachyoga. Informationen zu den „Ge!Mit“-Veranstaltungen erhalten die MitarbeiterInnen auf dem regelmäßig aktualisierten Blog des Betriebsrats und im Schaukasten vor dem Betriebsratsbüro.

### Zumba, Tennis & Theater

Neben dem „Ge!Mit“-Programm werden auch andere sportliche Aktivitäten vom Betriebsrat finanziell unterstützt und organisiert: ein Skitag im März, verbilligte Tennistunden, im April ein Tenniscamp in Lutzmannsburg und im Mai Zumba-Tänze – eine Kombination aus Fitnessübungen, lateinamerikanischen Tänzen und Workout. Gesundheit steht auch in der Kantine auf dem Speiseplan, seit Februar wird ausgewiesen, wie viele Kalorien die einzelnen Mittagsmenüs enthalten, ein Obsttag in der Woche wurde über den Winter eingeführt. Für geistige Anregung sorgen die regelmäßigen Besuche der Belegschaft in den Linzer Theatern.

Das Programm „Ge!Mit“ läuft Ende 2012 aus, eine weitere Mitarbeiterbefragung soll die positiven Ergebnisse noch einmal dokumentieren. Dann sollen die gesamten Maßnahmen in ein festes Sicherheits- und Gesundheitsmanagement übergehen. Zum Wohle der MitarbeiterInnen, die schließlich mehr Wert sind als eine Maschine.

Info: <http://blog.betriebsraete.at/ukhlinz/> ■

# Länger arbeiten? Gesündere Arbeitsbedingungen!



Foto: lxxxam - shutterstock.com

**D**ie Frage, wie die Arbeitsbedingungen verändert werden müssen, damit die Menschen möglichst lange ihrem Beruf nachgehen können, stellt sich auch im Gesundheitssektor. Auf europäischer Ebene diskutieren der europäische Gewerkschaftsverband der öffentlichen Dienste (EPSU) und der Arbeitgeberverband für Kliniken und Gesundheitswesen (HOSPEEM) über eine altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt. Unter Berücksichtigung der bisher ausgearbeiteten Papiere soll ein Dokument zu diesem Thema entstehen.

### Personalmangel

Warum man sich auf EU-Ebene mit dem Thema auseinandersetzt, ist schnell erklärt. Die Alterung ist eine der größten Herausforderungen in Europa. In den Gesundheitsberufen wird der Bedarf an Personal in den kommenden Jahren daher weiter steigen. Schon jetzt aber herrscht in der Branche ein Personalmangel.

### Vordenken

Ziel der Leitlinien ist die Unterstützung der Sozialpartner sowie der Entscheidungsträger, der Krankenhausleitungen und der Fachkräfte im Gesundheitswesen bei der Bewältigung der Probleme. In der Theorie ist es sowohl Arbeitgeber-, als auch Arbeitnehmerseite klar, dass es attraktivere Arbeitsbedingungen braucht. Der hohe physische und psychische Druck, den die ArbeitnehmerInnen

heute erleben, muss entschärft werden. Die Ironie, dass sich die Beschäftigten um die Gesundheit der PatientInnen kümmern, ihr eigenes Wohlbefinden im Arbeitsalltag aber oft nachrangig ist, muss ein Ende haben.

### Gesunde Arbeit

Ein gesundes Arbeitsumfeld ist von entscheidender Bedeutung für eine lange berufliche Karriere im Gesundheitswesen. Gesunde Arbeitszeiten erhalten die Arbeitsfähigkeit. Arbeitszeitmodelle, die auch Erholungszeiten vorsehen, vermeiden die übermäßige Belastung von MitarbeiterInnen mittleren Alters. Die zu bewältigende Arbeitsmenge sollte in jedem Alter ein vernünftiges Maß nicht überschreiten. Deshalb ist es wichtig, funktionierende Systeme mit Ersatzpersonal zu haben und über ausreichenden Ersatz zu verfügen. Auch eine funktionierende Arbeitsmedizin, insbesondere auch im psychischen Bereich, trägt zur Verbesserung des Arbeitsschutzes bei. Ein wichtiger Faktor ist zudem ein positives Klima, eine positive Grundeinstellung gegenüber der Belegschaft.

### Im Alltag leben

Wir GewerkschafterInnen bringen gerne unsere Forderungen für die Schaffung einer altersgerechten Arbeitswelt ein. Das allein wird aber nicht reichen. Die echte Bewährungsprobe liegt darin, dass die Betriebe in der Praxis diese „gesunden Arbeitsbedingungen“ ermöglichen müssen. ■

**Willibald Steinkellner**  
stellvertretender  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe



## „Arbeitsplatz Europa“

Die EU setzt sich dafür ein, dass die europaweiten Arbeitsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen erleichtert werden. Im EU-Grünbuch zur Überarbeitung der Berufsqualifikationen werden Kriterien zu diesem Thema diskutiert, um diese dann als EU-Richtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten umzusetzen. Bei 27 Staaten kann es vorkommen, dass die Stellungnahmen unterschiedlich ausfallen. Ein strittiger Punkt ist die Zugangsvoraussetzung, um eine Ausbildung als Diplomierte/r Gesundheits- und Krankenschwester bzw. -pfleger machen zu können. Im Grünbuchentwurf wird eine zwölfjährige allgemeine Schulbildung als Voraussetzung vorgeschlagen. Österreich und Deutschland stehen dem skeptisch bis ablehnend gegenüber. Andere Länder haben damit kein Problem. Aufstiegs-, Umstiegs- und Einstiegsmöglichkeiten in den Gesundheits- und Sozialberufen müssen festgelegt werden, um die notwendige Qualität und Quantität sicherzustellen. Für Personen, die einen Gesundheits- oder Sozialberuf ausüben, ist es wichtig, in der Sprache der PatientInnen, aber auch mit den ArbeitskollegInnen ohne Verständnisprobleme kommunizieren zu können. Die Wichtigkeit der Sprachkompetenz ist allen klar. Die Möglichkeiten, diese Kompetenz bei grenzüberschreitendem Arbeiten zu fördern und zu kontrollieren, werden ebenfalls diskutiert.

Als Gewerkschaft begrüßen wir die Bemühungen, das Arbeiten innerhalb Europas für ArbeitnehmerInnen zu erleichtern. Wir werden darauf achten, dass die Qualifikationen unter Bedacht auf die bestmögliche Qualität vereinheitlicht werden.



Balance ist bei der Segwaytour der MitarbeiterInnen des UKH-Linz gefragt.





**Johann Hable**  
stellvertretender  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe

## „Ausbildungsreform dringend notwendig

Der Reformvorschlag der EU-Kommission, künftig nur noch die Matura als Voraussetzung für die Absolvierung der Krankenpflegeschule vorzuschreiben, ist zu begrüßen.

Derzeit laufen in Österreich neben der traditionellen Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflege (ohne Matura) auch die Fachhochschulausbildung für den gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege. Daran soll sich kurzfristig nichts ändern.

Es besteht derzeit ein massiver Mangel an diplomierten Gesundheits- und Krankenschwestern, sodass mit der Einführung der Matura als Voraussetzung für die Ausbildung in der Krankenpflege eine wesentliche Verschärfung der Personalsituation eintreten würde. Damit es zu keinen Kollaps der Pflege kommen kann, sind die zwei Ausbildungsschienen, mit und ohne Matura, weiterzuführen. Derzeit sind Stationen unterbesetzt oder sogar gesperrt, es wird jeder Bewerber für die Krankenpflegeausbildung gebraucht.

Bundesminister für Gesundheit Alois Stöger ist aufgefordert mitzuhelfen, dass in allen der neun Bundesländer die Fachhochschulausbildung für die Krankenpflege angeboten wird.

Österreich ist derzeit in der Ausbildung das Schlusslicht in der EU.

Dringende Reformen sind notwendig und auch umzusetzen. Keinesfalls dürfen die Gesundheits- und Krankenschwestern, die derzeit sehr erfolgreich tätig sind, jedoch keine Matura haben, zu Schwestern zweiter Wahl werden. Die Akademisierung des Pflegepersonals darf nicht aufgehoben werden, die Führungsebene braucht dringend bestens ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger.

# Gelbe Karte für Maria Fekter

Der Vorsitzende der Bundesvertretung 9, Gesundheits- und Sozialberufe (GÖD), Johann Hable, wendet sich ausdrücklich gegen die Einsparungsversuche von Finanzministerin Fekter im öffentlichen Dienst bzw. Gesundheitsbereich.

Wie bekannt wurde sollen 3% Arbeitsversicherungsbeitrag bei den öffentlich Bediensteten eingespart werden. Auch die Gesundheits- und Sozialberufe der Länder gehören überwiegend dem öffentlichen Dienst an.

Wie die Studie Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen im öffentlichen Gesundheitswesen zweifelsfrei ergeben, gibt es viel zu wenige Ärzte, Pflegepersonal und Therapeuten in diesem Bereich und die Burn-Out-Gefährdung ist wegen Mehrfachbelastung gerade in diesem Sektor, der überwiegend von öffentlichen Bediensteten sichergestellt wird, wesentlich höher als überall anders.

Eine Verlagerung der Aufgaben auf private Betreiber kann nicht erfolgreich sein, da diese die wesentlichen Aufgaben einer öffentlichen Einrichtung „gleicher Zugang zu Behandlung und Pflege“ nicht gewährleisten. Alle

Studien sprechen in diesem Zusammenhang von Rosinenpicken, das heißt, dass nur wirtschaftlich lukrative Leistungen übernommen werden. Öffentlich Bedienstete in der Gesundheit leisten daher einen

wesentlichen Beitrag zur gesundheitlichen Absicherung der ÖsterreicherInnen.

Wesentlich sinnvoller wäre es, die öffentliche Gesundheitsversorgung state of the art sicherzustellen und nicht überall überbordende Leistungen zu vermuten. Wir haben derzeit einen Personalmangel, mit den Aussagen der Ministerin schrecken wir Bewerber für die öffentlichen Krankenanstalten ab.

Das Dilemma wird immer größer!

Die BV 9 stellt fest, dass wir steuerzahlende Arbeitnehmer für die Defizite der Spekulationsbanken aufkommen müssen und beim Pflegepersonal wird gespart.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, sich für die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst einzusetzen und die öffentliche Versorgung in diesem wesentlichen Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen und nicht immer nur zur Kasse zu bitten, wenn wieder einmal eingespart werden soll. ■

## Keine Zwei-Klassen-Medizin

Die Bundesregierung möchte bis zum Jahr 2016, 10 Milliarden Euro einsparen, diesbezügliche Beschlüsse werden bereits vorbereitet und den Nationalrat zugeleitet.

Es besteht die Gefahr, dass auch beim Gesundheitspersonal eingespart wird, sodass weniger Ärzte, Pflegepersonal, Therapeuten u.s.w. zur Verfügung stehen.

Es darf bei einem Sozialstaat wie Österreich keinesfalls dazu kommen, dass jene, die ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben, alles an medizinischen und

pflegerischen Leistungen bekommen und jene, die weniger verdienen wie z.B. Alleinerzieher, Pensionisten mit niedriger Pension, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose u.s.w. bei Erkrankung zwar ein Paket von medizinischen und pflegerischen Grundleistungen bekommen, jedoch kostenintensive Produkte (Hightech), Personaleinsatz, hochwertige Pharmaprodukte, nicht bekommen, nur weil kein Selbstbehalt bezahlt werden kann.

Hable fordert, dass unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen eine Gleichbehandlung aller PatientInnen erfolgt. ■

# 40 Jahre Gesundheitsministerium

Karl Pretebner



Alois Stöger mit den ehemaligen GesundheitsministerInnen (von links): Ing. Harald Ettl (BM 1989 – 1992), Dr. jur. Herbert Salcher (BM 1979 – 1981), Dr. med. univ. Michael Ausserwinkler (BM 1992 – 1994), Dr. rer. pol. Christa Krammer (BM 1994 – 1997), Alois Stöger (BM 2008 – dato), Moderatorin Dr. Ricarda Reinisch, Univ. Prof. Dr. med. Reinhart Wanek (Staatssekretär für Gesundheit 2000 – 2004), Mag. Herbert Haupt (BM 2000 – 2003), Maria Rauch-Kallat (BM 2003 – 2007), Dr. Andrea Kdolsky (BM 2007 – 2008)

Foto: BM für Gesundheit

Am 1. Februar 1972 trat das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz in Kraft und nun am 2. Februar jährte sich die Angelobung von Dr. Ingrid Leodolter zur ersten Gesundheitsministerin Österreichs zum 40sten Mal. Um dieses Jubiläum zu würdigen fand im Festsaal des Gesundheitsministeriums, ein Festakt unter Beteiligung von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und vielen ehemaligen GesundheitsministerInnen statt.

Gesundheitsminister Alois Stöger bedankte sich anlässlich des Jubiläums bei allen Menschen, die tagtäglich im Gesundheitsbereich arbeiten. Er verwies auf die Notwendigkeit, Gesundheit und Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu positionieren: „So zentral die Gründung eines eigenständigen Ministeriums für Gesundheit vor 40 Jahren war, so wichtig ist es jetzt, Gesundheit und Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu positionieren. Denn Gesundheit entsteht in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Familie und dort wo wir wohnen“, betonte Stöger.

Er würdigte die Leistung des ehemaligen SP-Bundeskanzlers Bruno Kreisky, der mit der Gründung des Ressorts 1972 dem „Sterben

vor der Zeit“ entgegneten wollte, egal wie dick ihre Geldbörse ist, den besten Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleisten. In seiner Rede verwies er auf den positiven Wandel in den 40 Jahren beim Thema Le-



Gäste bei der 40-Jahr-Feier im Bundesministerium (v. l.): Bundessekretär der ARGE-FGV Karl Pretebner, Mag. Eva Wildfellner, ÖGB-Präsident Erich Foglar und Bundesvorstand Josef Zellhofer

benserwartung: „Betrug die Lebenserwartung im Jahr 1972 bei Männern noch 66,9 Jahre so ist sie jetzt, 40 Jahre später bei 77,7. Bei Frauen ist die Lebenserwartung von 74 auf 83,2 gestiegen. Wir haben den Zugang zu medizinischen Leistungen für alle niederschwellig gestaltet. Seit September 2010 sind alle Menschen durch die Einführung der Mindestsicherung voll krankenversichert. Ein historischer Meilenstein in der Zweiten Republik.“

Wir dürfen aber nicht so tun, als wäre alles Eitel Wonne. Wir stehen jetzt vor großen Herausforderungen. Noch immer haben Menschen aus bildungsfernen Schichten nicht die gleichen Gesundheitschancen wie andere, ein Umstand, den wir dringend korrigieren müssen. Dazu kommt die Herausforderungen der kommenden Jahre: der Ausbau der Prävention.

Bundespräsident Fischer verwies in seiner Rede auf die Vielschichtigkeit der Gesundheitspolitik und die Bedeutung sozialer Aspekte: „Ein Kriterium für ein gutes Gesundheitssystem ist, dass es den Menschen, die es brauchen, auch zur Verfügung steht.“

Wir gratulieren Minister Stöger und seinem Team zu dieser gelungenen Veranstaltung. ■





**Eduard Böhm**  
Vorsitzender ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Niederösterreich

**„Länder Gesundheitswesen – einfach Spitze**

Einsparungen, Sparprogramm, Zusperren, das sind die Schlagwörter im Gesundheitsbereich geworden. Wir als Zentralbetriebsrat und gewerkschaftliche Vertreter steuern gegen den Sparkurs. Die hervorragenden Leistungen der KollegInnen im Gesundheitsbereich dürfen nicht schlecht geredet werden! Wir treten für einen sicheren Arbeitsplatz und eine leistungsorientierte Entlohnung ein. Das ist ein wesentlicher Beitrag für das ausgezeichnete Gesundheitswesen Österreichs. Wir werden von vielen Ländern über die hohe Qualität in unseren Gesundheitseinrichtungen gelobt und auch beneidet. Mit großer Freude darf ich zur Kenntnis nehmen und berichten, dass die Landesregierung eine sehr hohe Bereitschaft an Spitalinvestitionen zeigt. Letztlich haben die Patienten das Recht, in einer modernen mit Hightech ausgestatteten Spitallandschaft versorgt zu werden.

**Information**

**Spitalinvestitionen 2012**  
(in Millionen Euro):

KAV (Wien)	292,0
Landesklinikenholding (NÖ)	239,0
Kages (Stmk)	144,0
Tilak (Tirol)	67,9
Gespag (OÖ)	57,8
Vinenz Gruppe (W, OÖ)	56,7
Salk (Sbg)	49,1
Kabeg (Ktn)	32,0
KHBG (Vbg)	30,0
Krages (Bgl)	11,5

Quelle: Medianet

**Information bringt Vorteile**



**Karl Horvath**  
Betriebsratsvorsitzender des LKH Oberpullendorf

Als Betriebsrat und Interessensvertreter in der GÖD und Mitglied der ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe ist es mir ein Anliegen, die KollegInnen zu informieren, denn Information bringt Vorteile. Das Jahr 2012 bringt nicht nur Änderungen im Dienstrecht, sondern auch neue Beträge in der Sozialversicherung oder auch beim Kinderbetreuungsgeld mit sich. Mit 1. Jänner 2012 gelten unter anderem neue Höchstbeitragsgrundlagen, Geringfügigkeitsgrenzen und Zuverdienstgrenzen.

**Pension – Höchstbeitragsgrundlagen:**

täglich: € 141,-; monatlich: € 4.230,-

**Geringfügigkeitsgrenzen:**

täglich: € 28,89; monatlich: € 376,26

**Kinderbetreuungsgeld (KGB):**

Anhebung der Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld von € 5.800,- auf € 6.100,- jährlich. Mangels Sanktionsmöglichkeiten wurde bisher den gesetzlich vorgesehene Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten immer weniger nachgekommen (etwa legen Eltern anspruchrelevante Unterlagen wie Einkunftsdaten nicht vor). Aus diesem Grund wurden nun Sanktionen (Verwaltungsstrafen und auch Kostenersatz nach § 31 Abs, § 32 Abs 1 und Abs 3, § 45 KBGG) eingeführt.

**Große Pendlerpauschale**

Wenn der Arbeitsplatz mindestens zwei Kilometer von der Wohnung entfernt ist und die

Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels nicht möglich oder nicht zumutbar ist. Anstelle der bisher starren „Unzumutbarkeitsstaffel“ bei der Benützung von Massenverkehrsmittel kommt es jetzt zu einer flexibleren Staffelung der Wegzeiten. Bisher: einfache Wegstrecke unter 20 km 1,5 Stunden, ab 20 km 2 Stunden und ab 40 km 2,5 Stunden.

- NEU:**
- bis 1,5 Stunden – jedenfalls zumutbar
  - über 1,5 bis 2,5 Stunden Sachverhaltsbezogen (nur unzumutbar, wenn im Vergleich zu einem KFZ für die einfache Wegstrecke mehr als 3-mal so lange Fahrzeit benötigt wird)
  - über 2,5 Stunden jedenfalls unzumutbar

**Entfall des Alleinverdienerabsatzes (AVAB) für kinderlose Paare**

Der Verfassungsgerichtshof hat jetzt entschieden, dass die Streichung des AVAB für kinderlose Ehen bzw. Partnerschaften und Lebensgemeinschaften ab 2011 verfassungsrechtlich unbedenklich ist. Jedoch wurde ab 2012 Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall des AVAB für Steuerpflichtige ohne Kinderbetreuungspflichten geschaffen, insbesondere können der erhöhte „Sonderausgabentopf“ von € 5.840,- und der verminderte Selbstbehalt bei außergewöhnlicher Belastungen für Alleinverdiener auch ohne Anspruch auf den AVAB weiterhin berücksichtigt werden.

**Belastungswelle verschärft**

Johann Hable

In den Gesundheitsberufen pendeln viel Kolleginnen und Kollegen täglich zum Arbeitsplatz, viele müssen mangels Alternative das Auto benutzen. Die Autofahrer haben 2011 für einen unerfreulichen Rekord gesorgt, für das Pendeln zahlen sie Steuern wie noch nie. Insgesamt hat der Staat von den Autofahrern 5 Milliarden Euro, die sie durch Mineralölsteuer, Nova & Co auslegen müssen. Das sind eine

halbe Milliarde Euro mehr als im Vorjahr. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, die Belastungswelle für Pendler zu stoppen. Immer mehr Familien können diese Belastungen aus den normalen Haushaltsbudget nicht mehr bezahlen. Einkommensschwache Haushalte kommen in Bedrängnis, somit müssen Familienurlaub, Lebensmittel eingespart werden. Ein unhaltbarer Zustand!!

**Schönfärben mal anders**  
Ärztmangel und noch viel mehr Pflegemangel?

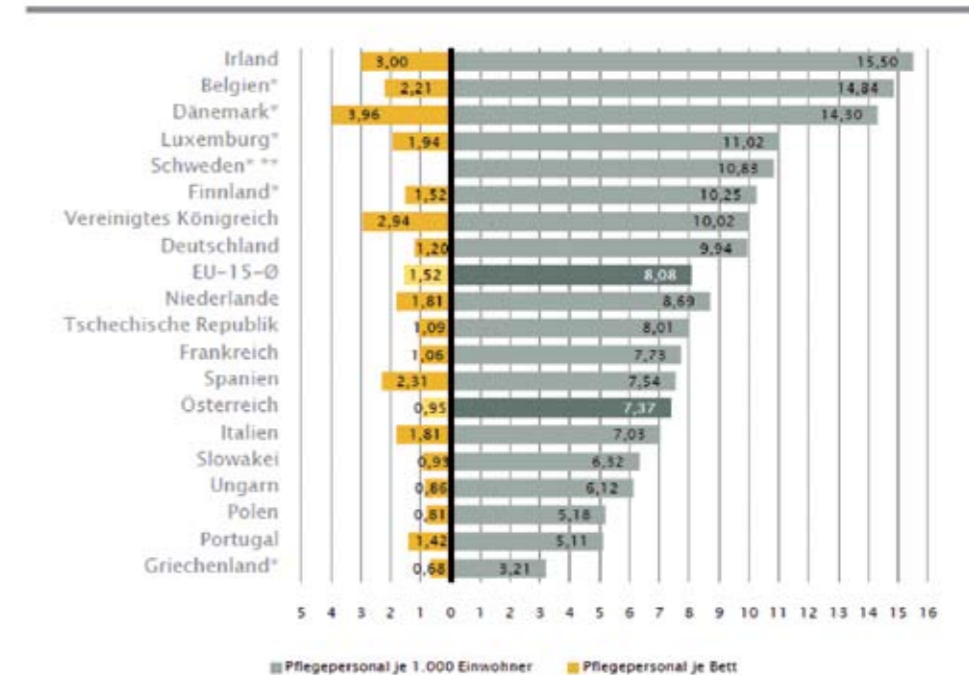


**Branko Novakovic**  
Vorsitzender ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Oberösterreich

Das Gesundheits- und Sozialwesen steht (nicht nur) in Österreich unter enormen finanziellen Druck. Der Leistungsempfänger fordert den besten Arzt, die beste Krankenschwester, die besten Medikamente. Das Zimmer im Seniorenzentrum oder im Krankenhaus (am besten Einzelzimmer) muss mindestens vier Sterne Standard haben und die Verpflegung am besten Bio, hochwertig und A-la-Card sein. Und wissen Sie was, das will ich auch! Ich will auch, dass der Rettungsdienst mich im Notfall in fünf Minuten erreichen kann und auch den Transport mit dem Hubschrauber möchte ich, falls es mich während des Urlaubes blöd erwischt, haben. Und wenn es so weit ist, die bezahlbare Unterstützung durch mobile Krankenpflege. Einen Platz in einem modernen Seniorenzentrum zum Schluss, ja das will ich auch. Mit wenigen Worten ausgedrückt, ich will ein gutes und effizientes Gesundheits- und Sozialsystem. Und das haben wir in Österreich auch, oder nicht? Im Jahr 2007 hat Österreich nach dem EHCI (European Health Consumer Index) den ersten Platz erreicht. Inzwischen sind wir auf Platz vier zurückgefallen. Auch sehr gut kann man sagen, ein Platz unter den TOP 5 ist nicht etwas, wofür man sich schämen müsste. Und ja, das kostet auch entsprechend. Die gesamten Gesundheitsausgaben in Österreich betragen 10,3 % des BIP. Da ist Österreich nach Frankreich (11 %) und Deutschland (10,4 %) an dritter Stelle. So weit so gut. Geht man in die Tiefe ändert sich das Bild, dann kommen für die Gesundheits- und Krankenpflege sowie für den Pflegehilfssdienst dramatische Zahlen zum Vorschein. Während sich die Zahl der Fachärzte in Österreich im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 um 29,1 % erhöhte, stieg die Anzahl der gehobenen Dienste für Gesundheit und Krankenpflege um nur 14,5 % und die Anzahl der im Pflegehilfssdienst Beschäftigten nahm sogar um 8,9 % ab. Somit hat die Ärztedichte von 3,8 Ärzte auf 1.000 EinwohnerInnen Platz vier in Europa erreicht. In der Pflege belegt Österreich mit 7,37

Pflegepersonen pro 1.000 EinwohnerInnen den traurigen Platz 14 (in der Kategorie Pflegepersonal je Bett sogar Platz 16). Die verhältnismäßig sinkende Anzahl an Pflegepersonen in Österreich spiegelt sich in den Ergebnissen der Studien, die die extreme Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den exorbitanten Anstieg der psychischen und physischen Belastungen in den Pflegeberufen aufzeigen, wider. De facto haben sich schleichend österreichweit in den letzten Jahren massive Personalkürzungen in der Pflege abgespielt. Es handelt sich um geschätzte 6745 Pflegepersonen im gehobenen Dienst und 4170 PflegehelferInnen (Angenommen das Wachstum bei der Pflege wäre gleich wie bei den Ärzten verlaufen). Die Pflegepersonaldichte in Österreich war auch im Jahr 2000 nicht besonders gut und ist derzeit so schlecht, dass auch diese 11.000 Pflegepersonen gerade einmal reichen würden, den EU-15-Schnitt zu erreichen. Was ist mit Platz vier, könnte man fragen? Na ja, fragen wir mal die richtigen. Herr Fayman, Herr Spindelegger, Herr Stöger, was ist mit Platz vier für die Pflege? Oder vielleicht mit EU-Schnitt, wie wäre es mit dem? „Kein Geld!“, sagen sie. Aber Gerechtigkeit muss sein, nicht wahr? Entweder Platz vier für alle oder Platz 16 für alle! Für ihren Einsatz, 24 Stunden, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr, im fünftreichsten Land der EU, verdienen die Kolleginnen und Kollegen der Pflege etwas mehr als nur Platz 16! Sie haben mindestens verdient, sich den gleichen Platz mit allen anderen Berufsgruppen im Gesundheits- und Sozialwesen zu teilen. So wie in den letzten Jahren in Österreich mit den Pflegeberufen umgegangen wurde und wird, ist das wirklich eine Schande!

Europäischer Vergleich: Pflegepersonal in Krankenanstalten je tatsächliches Bett und je 1.000 Einwohner, 2007



\* Werte aus 2006 oder letztes verfügbares Jahr  
\*\* Bettenzahl für Schweden nicht verfügbar

Quellen: EUROSTAT 2009, OECD 2009a, BMG 2009a, GÖG/ÖBIG-Berechnung





**Astrid Breuss**  
Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der Vorarlberger Landeskrankenhäuser

**„ Gehaltsreform Neu**  
Die Vorarlberger Landesregierung plant die Einführung eines neuen modernen Gehaltssystems. Mit Unterstützung einer externen Beraterfirma sollen die in die Jahre gekommenen Gehaltstabellen aus dem Jahr 1988 für alle Bediensteten der Vorarlberger Landeskrankenhäuser durch Neue abgelöst werden. Der Zentralbetriebsrat wurde als Vertretung aller Berufsgruppen von Anfang an eng in das Projekt mit eingebunden. Das bisherige Entgeltsystem richtet sich nach Ausbildung und Lebensalter bei geringen Grundgehältern und vielfältigen Zulagen. Es machen sich zunehmend quer durch alle Berufsgruppen Probleme bei der Besetzung von Stellen bemerkbar. Vorarlbergs geografischer Standort erschwert die Situation zusätzlich. Direkt angrenzende Länder bieten sehr attraktive Einkommen. Angedacht ist zukünftig eine marktorientierte Entlohnung, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Z.B. durch die Anhebung der Einstiegsgehälter, Anrechnung von Vordienstzeiten und Möglichkeiten zur Personalentwicklung. Weiters sollen alle – nicht arbeitszeitbezogenen – Zulagen in das Grundgehalt implementiert werden. Das neue Gehaltssystem soll für alle Neueinsteiger gelten, für bestehende Bedienstete wird die Option zum Wechsel eingeräumt. Nach Abschluss aller Projektschritte und Marktanalysen stellt sich die Frage, ob 2013 die Budgetvorgaben des Landes die Finanzierung des neuen Gehaltssystems zulassen und die legislative Umsetzung zeitgerecht erfolgen kann. Die Dringlichkeit einer nachhaltigen, transparenten und fairen Reform für alle Bediensteten wurde bei den Entscheidungsträgern sicher schon erkannt!

## Grundsätze des Gesundheitswesens

Manfred Wolf

Der Grundsatz des österreichischen Gesundheitswesens, jedem Österreicher und jeder Österreicherin, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten in gleiche Weise, die medizinische Versorgung zu gewährleisten, darf nicht angetastet werden. Bei regionalen Besonderheiten ist der Versorgung Rechnung zu tragen. Die Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtung, innerhalb jetzt definierter Grenzen, ist sicher zu stellen. Als Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Gesundheit und Sozialberufe, erheben wir die Forderung, dass die Bereitstellung der erforderlichen



Ressourcen wichtiger ist, anstelle des Diktats der leeren Kassen Rechnung zu tragen. Wir, Betriebsräte und Gewerkschaftler, wollen eine Vollbeschäftigung unserer MitarbeiterInnen und keinen Personalabbau! Von diesen Grundsätzen muss sich die Gesundheitsreform tragen lassen. Ein Wechsel von der Landeskompetenz zur Bundeskompetenz ist zu wenig. Im Mittelpunkt stehen die Patientinnen und Patienten, sowie die Wiedererlangung der Gesundheit. Das dazu notwendige Personal sowie der notwendige Sachaufwand müssen zur Verfügung gestellt werden.

## Sparen alleine – ergibt keinen Sinn

Ohne Alternative und ohne Perspektiven wird das Sparen zur Einbahnstraße und bedeutet eine nicht zu akzeptierende Verschlechterung. Im Gesundheitswesen wäre die Folge eine Leistungseinschränkung. Wir brauchen für unsere Gesundheitseinrichtungen mehr Geld und Personal, um die vielfältigen Aufgaben und Bedürfnisse der PatientInnen erfüllen können. Im Übrigen wird vielfach in den Spardiskussionen vergessen, dass 100.000 Arbeitsplätze durch den Betrieb eines Spitals, einer Gesundheitseinrichtung finanziert werden. Neben dem Personalfaktor darf nicht vergessen werden, dass unzählige Unternehmen wie die Medizinproduktebranche, Medizintechnik, Pharmafirmen sowie Spitalsbauten und -umbauten mitfinanziert werden.

**Christine Vierhauser**  
Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der Salzburger Landeskliniken GmbH



Also eine Vielzahl von positiven, wirtschaftsbelebenden und gesundheitsfördernden Maßnahmen, die durch das Betreiben der Krankenanstalten bzw. Gesundheitseinrichtungen aufrecht gehalten werden können. Natürlich gibt es Reformnotwendigkeiten im Gesundheitswesen, wobei die Qualität der Versorgung und der Einsatz vom Fachpersonal nicht eingespart werden darf.

## Wien: Tag der Gesundheitsberufe

Karl Pretebner



Am 19. Jänner fanden unter dem Titel „Tag der Gesundheitsberufe“ zwei Parallelveranstaltungen, welche von der österreichischen Gesundheitsberufekonferenz veranstaltet wurden, statt. Eine der beiden Veranstaltungen fand im Gebäude des Gesundheitsministerium statt und die andere im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und es konnten viele wichtige Themen und Anliegen unserer Besucher diskutiert werden. Im großen Saal des Bildungszentrum der AK-Wien präsentierten sich Gewerkschaften, der Fachausschuss für Gesundheitsberufe,

Berufsverbände und auch die ÖGB/ARGE-FGV jeweils mit einem Stand. Der diesjährige Tag der Gesundheitsberufe in der AK-Wien stand unter dem Motto „Neue Trends in der Privatisierung des Gesundheitswesens“ statt Bernhard Rupp, Gesundheitsexperte der AK Niederösterreich referierte zum Thema „Privatisierungsmodelle und deren Folgen“ und Lukas Stärker, Dir.-Stv. der Österreichischen Ärztekammer zur „Sicherstellung der Spitalsversorgung durch Private“. Nach einer Diskussionsrunde zu den Impulsreferaten gab es noch ein Kabarett mit Ingo Vogl zum Abschluss.



**Wolfgang Thalner**  
Vorsitzende der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Kärnten

## „ Und wieder regiert der Sparstift

Kaum ist das neue Jahr in das Land gezogen, wiederholen die Politiker das Ritual im Gesundheitswesen. Wir als Fachgruppenvereinigung sprechen uns gegen das Sparen ohne Wenn und Aber aus. Als Vorsitzender trete ich dafür ein, dass die notwendigen Ressourcen für die Spitalsbedingungen aufgebracht werden. Geht es den Kolleginnen und Kollegen gut, geht es auch den Patienten gut. Einschnitte bringen Frustrationen und wir wissen, dass länger andauernde Frustrationen krank machen. Neue Erkenntnisse in der Medizin und Pflege stehen bzw. dürfen nicht von vornherein eingespart werden. Das Sparpaket der Bundesregierung kommt zusätzlich auf die Gesundheitsberufe zu. Als Vorsitzender fordere ich das Land, den Bund und auch die Gemeinden dazu auf, nicht einseitige Einsparungen vorzunehmen. Wir brauchen die Ausgewogenheit! Die Sozialpartner dürfen nicht ausgegrenzt werden. Für alle Veränderungen, die unsere Kolleginnen und Kollegen betreffen, brauchen wir Ausgewogenheit und menschennahe Konzepte. Die Antwort wären Kampfmaßnahmen, um Schlechterstellungen abzuwehren. Das Gesundheitswesen wird durch die Kolleginnen und Kollegen mit Leben erfüllt. Also ist Wertschätzung und Lob angesagt, und nicht Wegnehmen und Ausgrenzung.



# Können Politiker selig werden?



Hildegard Burjan, Wien 1928

Foto: © Caritas Socialis

## Hildegard Burjan

Sie war die erste demokratische Politikerin im österreichischen Parlament und wurde für ihre außerordentliche Arbeit für Arbeiterinnen und Arbeiter und für ihr christlich soziales Engagement selig gesprochen. Der Vorsitzende der Bundesvertretung 9 Göd Johann Hable freut sich, dass auch in den Reihen der Christgewerkschafter Persönlichkeiten stehen, die für ihr Engagement in der Kirche als Selige verehrt werden. Das ist jüngst mit einer Gründerin der Schwesterngemeinschaft der Caritas Socialis, der Kämpferin für Frauenrechte, Hildegard Burjan geschehen. Sie ist die erste Parlamentarierin, die selig gesprochen wurde. Hildegard Burjan war von 1918 – 1920 als Politikerin tätig, zuerst im Wiener Gemein-

derat, dann als erste Frau für die christlich soziale Partei im Parlament. Ihre Lebensphilosophie: Volles Interesse für die Politik und praktizierende Christin. Im Oktober 1919 gründete sie die Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis, deren Vorsteherin sie bis zu ihrem Tode war. Sozial arbeiten heißt auch vorbeugen. Ausgrenzungen die innerhalb der Gesellschaft aufkommen, mit Liebe und mitfühlenden Herzen versuchen zu überbrücken, das war

Johann Hable

das Ziel von Hildegard Burjan. Sie war immer im eifrigen Einsatz, um das Elend und die Not unter den Arbeiterfamilien zu finden. Es war ihr ganzes Bestreben, Arbeiterfamilien, die in Not geraten sind, zu helfen. In Wien setzte sie sich vor allem gegen die Kinderarbeit ein, die damals üblich war. Sie war auch eine Vorkämpferin für mehr Frauenrechte. Sie gründete den „Verein christlicher Heimarbeiterinnen“, dann später den „Verein soziale Hilfe“, sie führte diese zu Arbeiterinnenverbände zusammen. Für die hungernde Bevölkerung des Erzgebirges startete Hildegard Burjan eine Lebensmittelaktion, aber auch die Familienhilfe für Sudetendeutsche rief sie ins Leben. Der Vorsitzende der Bundesvertretung 9 hat im Rahmen der Bundesvertretungssitzung auf diese große Persönlichkeit aufmerksam gemacht und würdigt das Leben und Wirken der Seligen Hildegard Burjan: „Es soll auch uns als Interessensvertreter ein Ansporn sein, zu helfen und zu organisieren, den Hilfesuchenden Unterstützung zu geben. Wir könnten kein besseres Vorbild wählen als Hildegard Burjan.“

# Studie: Gesundheit und Gesundheitsverhalten österreichischer Schülerinnen und Schüler

Dr. Sabine Stadler

Ein Thema dominiert die österreichische Innenpolitik, die Schule und ihre Reformen. Ein Blick in die Veröffentlichungen des Bundesministerium für Gesundheit ist daher sehr interessant; die Schulveröffentlichungen sind aktuell und geben ein tristes Bild des Gesundheitszustandes von SchülerInnen wieder. Die Wahrnehmung der Gesundheit bei Mädchen zeigt eine Abhängigkeit des Schulerfolges von der Gesundheit und ein schlechtes Essensverhalten, weiters die Verbindung zwischen Lebenszufriedenheit und Schulerfolg. So ist eindeutig die Gesundheit und die Bewegung bei den Jugendlichen zu fördern.

Die regionalen Unterschiede in der Gesundheit haben gezeigt, dass Jugendliche im Burgenland vom Frühalkoholismus sehr gefährdet sind, hingegen in Vorarlberg kaum. Dieselbe Schiefelage ist bei Rauchen in der Schule, die meisten rauchen im Burgenland, die wenigsten in Vorarlberg. Das Kapitel Unterricht und Gesundheit ist der Unterrichtsqualität in Schulen gewidmet, die Kriterien sind aktivierender Unterricht, störendes Verhalten und emotionale Unterstützung. Die Zufriedenheit bestimmt dann den Lernerfolg, weswegen Schulnetzwerke gegründet wurden zum Thema „whole school approach“. Im HBSC Factsheet Schule und Gesundheit wird der Austrian Teacher Health Survey

(ATHS) vorgestellt, wo fachliche Kooperation, soziales Klima, unterstützender Führungsstil im Lehrkörper ausschlaggebend sind für die Gesundheit. Die Gesundheitsförderung der Lehrkräfte soll mittels Qualitätsmanagement erfolgen. Rauchen, Alkohol, Cannabis sind die Problemthemen, die das BMG-HBSC Factsheet bearbeitet, der Alkoholkonsum gilt als Minderheitenproblem, 17 % der Burschen bis 15 Jahren und 13 % der Mädchen trinken einmal die Woche, die Wahrnehmung des Lehrers ist dafür ausschlaggebend.

Literatur: BMG (2010) HBSC Factsheet Nr.1/10,Nr.2/10,Nr.6,Nr.7, regionale Unterschiede in Gesundheit und Gesundheitsverhalten. Wien,2010.

## Büchertipps



Kammer f. Arbeiter u. Angestellte  
**Sozialleistungen im Überblick**  
448 S.; ÖGB Verlag; € 29,90  
ISBN 978-3-7035-1522-4

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Nachschlagewerk soll eine Orientierungshilfe bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen anbieten. Es richtet sich auch an all jene, die als Akteure/Akteurinnen Einfluss auf die Sozialgesetzgebung ausüben. Die Publikation soll drei Anliegen gerecht werden:  
1. den Zugang zum Recht erleichtern;  
2. einen Bezugsrahmen für die Sozialgesetzgebung anbieten;  
3. qualifizierte und verlässliche Information für die Öffentlichkeit leisten.



Dr. Doris Formann, AK-OÖ  
**Betriebsräte und Betriebsrätinnen bei Veränderungen begleiten**  
292 S.; ÖGB Verlag; € 36,-  
ISBN 978-3-7035-1505-7

Nach einem historischen Überblick über die Entwicklung der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen wird der Bereich von „Supervision als Beratungsformat“ beleuchtet. Anschließend werden die theoretischen Ansätze vor- und gegenübergestellt, die für das System der Beratung von Bedeutung sind. Referiert wird die konkrete Situation von BetriebsrätInnen auf ihre Motive, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen, auf Rahmenbedingungen, Kontexte und Einflüsse, die ihre Arbeit prägen. Abschließend wird ihr Beratungsbedarf artikuliert sowie ihr Verständnis von Supervision. Am Ende werden Schlussfolgerungen zu Möglichkeiten und Grenzen von Supervision als Beratungsformat im Kontext betrieblicher Interessenvertretung gezogen.

Diese und weitere interessanten Bücher finden Sie und sind zu bestellen unter:

[www.fgv.at](http://www.fgv.at)

ikon  
ikon VerlagsGmbH

## Termine



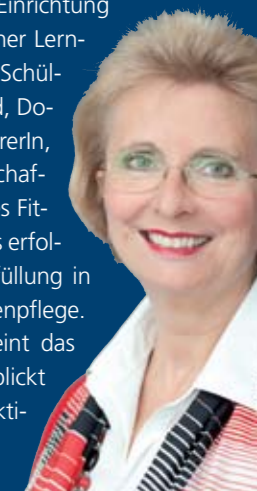
**23. Niederösterreichischer Pflegefrühling 2012**  
Donnerstag, 12. April – Mistelbach, Stadtsaal, Franz Josef Straße  
Donnerstag, 19. April – Horn, Hamerlingstraße 9 (Vereinshaus)  
Donnerstag, 3. Mai – Baden, Veranstaltungshalle, Waltersdorferstr.  
Donnerstag, 9. Mai – Amstetten, Stadionstr. 12 (Johann Pözl Halle)  
**Kraftquelle Lebensgeschichte**  
Wir erforschen den Kosmos Lebensgeschichte und lernen, aus den Biographien der zu Pflegenden Elemente guter Betreuung abzuleiten. Wir lernen, zuzuhören und erleben, welche Kraft unsere Arbeit aus den Lebensgeschichten uns Anvertrauter erfährt. Die Veranstaltung finden von 9.00 bis 15.30 Uhr statt.  
Tagungsgebühr: € 40,- Schüler und Studenten: € 15,-  
Nähere Infos unter [www.pflegefruehling.at](http://www.pflegefruehling.at)

**Messe BBB – BERUF BABY BILDUNG**  
19. und 20. April 2012, 8:30 - 14:00 Uhr  
AK Wien, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien  
Die Messe für ArbeitnehmerInnen in Elternkarenz. Jede Menge Tipps für den beruflichen Wiedereinstieg, Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Kärung von arbeits- und sozialrechtliche Fragen.  
Eintritt frei! Keine Anmeldung erforderlich!  
Weiteres Infos: [wien.arbeiterkammer.at/berufundfamilie](http://wien.arbeiterkammer.at/berufundfamilie)

## 25-Jahr-Jubiläum für Direktorin Erna Braunsdorfer

Ein Vierteljahrhundert als Direktorin – 1987 übernahm Erna Braunsdorfer nach 13 Jahren Lehrtätigkeit und 10 Jahren als stellvertretende Schuloberin die Leitungsfunktion in der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital der Stadt Wien. Projekte und Initiativen unter ihrer Führung, die sich schwerpunktmäßig mit Strukturqualität, Ausbildungsqualität und MitarbeiterInnenführung, aber auch Öffentlichkeitswirkung beschäftigen: die Errichtung des „Ersten Österreichischen Pflegemuseums“, der Aufbau eines Dokumentationszentrums, die Einrichtung einer Schulbibliothek, die Installierung einer Lern- und Kommunikationsplattform, die von SchülerInnen und dem Schulteam genutzt wird, Dokumentation der Arbeitsabläufe, PraxislehrerIn, Schreibwerkstatt, Schülersymposium, Schaffung eines EDV-Raumes, Einrichtung eines Fitness- und Power-napping-room. Dies alles erfolgte neben der allgemeinen Aufgabenerfüllung in einer Schule für Gesundheits- und Krankenpflege. Betrachtet man das Erreichte, so erscheint das letzte Vierteljahrhundert als sehr lange; blickt man hingegen auf die Vielfalt der Aktivitäten, so verging es wie im Flug.

Mag. Herlinda Steinbach, MSc





**volkshilfe.**  
Unsere Armut, unsere Hilfe.  
PSK 90.175.000



ES GIBT LÄNDER,  
IN DENEN EIN WARMER SCHLAFPLATZ  
KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT IST.  
LÄNDER WIE ÖSTERREICH.

Beinahe eine halbe Million Menschen  
in Österreich leiden unter Armut:

Kinder, die vor Hunger nicht einschlafen. Alte Menschen,  
die krank werden, weil sie in ihren Wohnungen frieren.

Stoppen wir gemeinsam die Armut made in Austria:

Helfen Sie uns helfen!



volkshilfe.at



**GRATIS-Abo\***

für Mitglieder der Gewerkschaften  
GdG-KMSfB • GÖD • GPA-djp • vida



Senden Sie uns Ihren Kontaktdaten mit Namen, Anschrift  
und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:

**karl.pretebner@gdg-kmsfb.at**

\* Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)

BETRIEBSSERVICE

# EXKLUSIV FÜR AUSZUBILDENDE DER GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGE.

Nutzen Sie das kostenlose Konto für die Dauer Ihrer Ausbildung.\*

- ▶ gratis Kontoführung\* inklusive Buchungen
- ▶ gratis Maestro Bankomatkarte
- ▶ inklusive eBanking per Internet und Telefon und attraktiven Zinsen

**JETZT  
ZUGREIFEN!**



Nähere Informationen erhalten Sie  
bei Ihrem Mobilien Berater  
**Andreas Riffnaler**  
Telefon 0676 / 8998 810 34  
andreas.riffnaler@bawagpsk.com

[www.betriebservice.at](http://www.betriebservice.at)

**BAWAG  
PSK  
Betriebsservice**

\*) Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen des BAWAG P.S.K. Studentenkontos. Voraussetzung für die gratis Kontoführung beim Studentenkonto ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Stand: 7.3.2011; Änderungen vorbehalten. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.